

Kampf für „mehr Transparenz“ ist gescheitert

STADTRAT CSU-Mehrheit wies Vorstoß von Martin Scharf und von Margot Weber für mehr Kontrollrechte des Stadtwerke-Aufsichtsrats ab.

NEUNBURG. Auch wenn der Sachstandsbericht von Stadtwerkechef Wilhelm Meier über den Bau der Stadthalle (weiterer Artikel auf dieser Seite) nicht die ganz großen Neuigkeiten beinhaltete, so prägte das Großprojekt indirekt doch maßgeblich die Debatte in der Stadtratssitzung am Donnerstagabend. Der Anlass waren die gleichlautenden Anträge von Margot Weber (SPD) und Martin Scharf (FW) auf Änderung der Gesellschaftssatzung der Freizeit GmbH der Stadtwerke. Hintergrund für die Änderungsanträge ist, dass sich die beiden Stadt- und Aufsichtsräte der Freizeit GmbH in einer Aufsichtsratsitzung im vergangenen September nicht ausreichend über ein Kreditangebot informiert fühlten. Seitdem gärt es.

Deshalb wollten Martin Scharf und Margot Weber erweiterte Zuständigkeit für die Aufsichtsräte durchsetzen. Der Aufsichtsrat müsse bei Geschäften und Vergaben über einen bestimmten Betrag hinaus gehört werden, argumentierte Scharf. „Was bleibt den Aufsichtsräten denn noch zu tun, wenn sie über bedeutende Themen nicht vor der Entscheidung informiert werden“, erklärte Margot Weber.

Die Verwaltungsspitze mit Bürger-

meister Martin Birner, Werkleiter Meier und der CSU-Fraktion teilten diese Ansicht ganz und gar nicht. Sie sahen in den Anträgen eine Beschneidung der Handlungsfähigkeit der Freizeit GmbH, insbesondere im operativen Geschäft. CSU-Fraktionschef Klaus Zeiser sah die Kontrollmöglichkeiten hingegen klar und ausreichend umrissen, da der Stadtrat der städtischen Tochter die Vorgaben mache, die umzusetzen seien. Der Aufsichtsrat kontrolliere das Unternehmen über den Wirtschaftsplan. Nur bei Krediten, die außerhalb des Wirtschaftsplans aufgenommen würden, bestünde eine Informationspflicht.

2. Bürgermeisterin Johanna Gückel schränkte jedoch ein, dass zwei Berichte pro Jahr über das Stadthallenprojekt angesichts der enormen Dimension für die Stadt zu wenig seien. Stadt- und Aufsichtsräte hätten Anspruch auf mehr Informationen. „Es geht um mehr Transparenz, nicht um Behinderung“, sagte Johanna Gückel.

Die Diskussion zog sich in die Länge, ohne dass sich die Parteien in der Sache näherkamen. Schließlich beantragte Bert Maderer (SPD) das Ende der Debatte. In der folgenden Abstimmung schmetterten Bürgermeister Birner und die CSU-Stadträte die Anträge mit 11:8-Stimmen ab. Einstimmig genehmigt wurde hingegen eine Gesellschaftsatzungsänderung, die das Landratsamt vorgeschlagen hat. Danach sind die Stadtwerke nun berechtigt, Grundstücke zu kaufen, zu bebauen und zu vermieten. (ro)